

Lühr Henken\*

Rede Antikriegsmarkt 2015 am 30. August, Berlin Potsdamer Platz

### **Entspannung statt Konfrontation**

Liebe Berlinerinnen, liebe Berliner, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste in der Hauptstadt.

Im Juni schlug das UN-Flüchtlingswerk UNHCR Alarm. 2014 waren so viele Menschen auf der Flucht, wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Fast 60 Millionen. Mehr als die Hälfte davon sind Kinder. Sie fliehen vor allem vor Krieg. Syrien und Afghanistan belegen dabei die beiden ersten Plätze. 15 Millionen Flüchtlinge verzeichnet Afrika. Die Flüchtlingszunahme beschleunigt sich noch. In den letzten fünf Jahren wurden 15 neue Kriege gezählt und Friedensschlüsse finden kaum statt.

Die Katastrophe flimmert in unsere Wohnzimmer, Zeitungen schildern die menschlichen Tragödien der Flüchtlinge. Allein in diesem Jahr sind im Mittelmeer auf der Flucht schon über 2.500 Menschen elendig ertrunken. Die Politiker in Europas Hauptstädten wachen allmählich auf. Auch hier in Berlin. Sigmar Gabriel, Wirtschaftsminister, und Frank-Walter Steinmeier, Außenminister, fordern in einem 10-Punkte-Plan eine europäische Antwort in der Flüchtlingspolitik. Ich erspare uns die Auflistung der Punkte. Spannend ist, was fehlt: Bei der Bekämpfung der Ursachen sucht man die Begriffe Militärintervention und Waffenexporte vergebens! Gabriel und Steinmeier vermeiden die Reflexion über ihr Regierungshandeln. Aggressionen der NATO gegen Jugoslawien und in Libyen, dazu noch ohne UN-Mandat, und in Afghanistan finden ebenso wenig Erwähnung wie die Aggressionskriege der deutschen NATO-Partner im Irak und in derzeit in Syrien. NATO-Kriege als Ursache für Flucht blenden diese Herren schlicht aus. Dasselbe bei Waffenexporten! Dabei ist klar, dass Kriege in diesen Ländern nur geführt werden können mit importierten Waffen. 95 Prozent aller Kriegstoten gehen auf den Einsatz von Kleinwaffen zurück. Aus Deutschland stammen etwa 11 Prozent aller Kleinwaffen. Ich frage, ist es nicht endlich an der Zeit als ersten Schritt die deutschen Kleinwaffen- und Munitionsexporte in Länder außerhalb von NATO und EU zu stoppen? Das wäre ein wirksamer deutscher Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Als der für Waffenexporte zuständige Minister Sigmar Gabriel es Anfang letzten Jahres wörtlich als Schande bezeichnete, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren zählte und er sich für eine „restriktive“ Waffenexportpolitik aussprach, keimte Hoffnung auf. Die Zahlen für 2014 schienen sein Vorhaben sogar zu bestätigen. Tatsächlich sank im vergangenen Jahr der Wert der erteilten Rüstungsexportgenehmigungen unter Gabriel um mehr als 20 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro. Jedoch mit Bekanntwerden der Höhe der Genehmigungen für das erste Halbjahr 2015 lösen sich die Versprechen Gabriels in Luft auf. Sie waren im ersten Halbjahr schon so hoch wie im ganzen Jahr 2014 zusammen und sind sogar skandalös rekordverdächtig.

Es ist höchste Zeit für eine grundlegende Wende in der Waffenexportpolitik: Waffenexporte müssen geächtet und gesetzlich verboten werden! Jede Waffe, die nicht geliefert wird, trägt zur Verhinderung von Flucht, Vertreibung und Tod bei.

Rüstungsbetriebe müssen ihre Produktion auf zivile Produkte umstellen. Diese Konversion muss programmatisch und finanziell gefördert werden. Beschäftigte dürfen davon keine persönlichen Nachteile haben. Neue gewerkschaftliche Konversionsinitiativen bei Ver.di und in der IG Metall verdienen meine volle Sympathie und Unterstützung.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

die Dramatik der Kriege hat sich in den letzten Jahren gewaltig ausgedehnt. Ich liste einmal nur die hier vernehmbarsten Kriege in alphabetischer Reihenfolge auf: Afghanistan, Irak, Jemen, Libyen, Mali, Nigeria, Pakistan, Somalia, Sudan, Südsudan, Syrien, Ukraine, Türkei, Zentralafrika. Und der Gaza-Krieg Israels im Sommer letzten Jahres ist schon fast wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande verschwunden.

Die opferreichsten dieser Kriege wurden von Mitgliedsstaaten der NATO oder der NATO insgesamt vom Zaun gebrochen. Aktuelle Studien im Auftrag der Internationalen Ärzteorganisation IPPNW, Trägerin des Friedensnobelpreises 1985, zeigen, dass im Irakkrieg seit 2003 über eine Million Menschen direkt getötet wurden. Ich erinnere daran, dass Bush und Blair diesen Krieg, ohne UN-Mandat, mit den falschen Behauptungen begannen, Saddam Hussein und Al-Kaida steckten bei den Anschlägen vom 11. September unter einer Decke und Saddam versteckte Atom- und Biowaffen. Wir warten immer noch darauf, dass die für Kriegsverbrechen Verantwortlichen Bush, Blair und Co, endlich vor Gericht gestellt werden!

Auch wenn die US-Truppen heute größtenteils aus dem Irak abgezogen sind, ist es Tatsache, dass ihr barbarischer Krieg zur Spaltung der irakischen Bevölkerung geführt und den militärischen Aufstand der sunnitischen Bevölkerungsgruppe samt Islamischem Staat erst geschaffen hat.

Für Afghanistan schätzt die IPPNW-Studie, dass insgesamt 180.000 bis 240.000 Menschen getötet wurden. Wie im Irak hat der Krieg der NATO in Afghanistan die Gesellschaft weiter zerstört. Auch nach dem Abzug eines Großteils der NATO-Truppen ist die Gewalt nicht zurück gegangen. Ganz im Gegenteil: Im ersten Halbjahr 2015 verzeichnete die UNO die höchste Opferzahl seit Beginn ihrer Aufzeichnungen 2007.

Für Pakistan, dessen Bürgerkrieg und der Drohnenkrieg der USA direkte Folgen des Angriffs auf Afghanistan sind, schätzt die IPPNW-Studie die Zahl auf 80.000 Tote. Der Krieg in Libyen forderte allein seit dem Eingreifen der NATO etwa 50.000 Tote und hat dort ein riesiges Chaos mit zwei Regierungen hervorgerufen, die sich bisher nicht einigen können und somit dem Islamischen Staat IS Tür und Tor für sein barbarisches Treiben öffnen.

Klar ist, die Politik des Militärinterventionismus der NATO-Staaten ist gescheitert. Sie steigert die Gewalt, sie verhindert politische Konfliktlösungen und vergrößert die Zerstörungen.

Die Erfolglosigkeit dieser langwierigen kriegerischen Aufstandsbekämpfung ist der US-Regierung inzwischen klar geworden. Das bedeutet allerdings nicht: Ende der Kriegshandlungen. Vor dem Hintergrund, dass auch die US-Bevölkerung als kriegsmüde gilt und die US-Rüstungsausgaben aufgrund ökonomischer Probleme bis 2019 leicht sinken sollen, wird lediglich Abstand genommen vom US-Bodentruppeneinsatz im großen Stil. Das Konzept heißt nun „leichter Fußabdruck“ und bedeutet: Bei Luftangriffen mehr Kampfdrohnen verwenden und den Einsatz von Spezialkräften verstärken. Zudem bildet das US-Militär mehr einheimische Kräfte aus und schickt Waffen, damit diese damit im US-Interesse Kriege führen können. Weitere Flüchtlinge, Tote und Zerstörungen sind damit programmiert. Dabei hält die US-Regierung an ihrem obersten Ziel fest, ihre umfassende Überlegenheit in der Luft, am Boden, im und unter Wasser, im Weltraum und im Cyberspace aufrechtzuerhalten. Das nennen sie „Full Spectrum Dominance“.

Was bedeutet das für den Konflikt der NATO mit Russland um die Ukraine? Schauen wir auf die Kräfteverhältnisse. Die USA allein gaben im letzten Jahr 37 Prozent aller Militärausgaben der Welt aus, der Anteil der NATO an den weltweiten Militärausgaben betrug sogar 55 Prozent. Russlands Anteil ist gerade mal 5 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren gaben die NATO-Länder vierzehnmal so viel fürs Militär aus wie Russland. Die NATO verfügt über 3,4 Millionen Soldaten, Russland nur über 900.000. Die Wirtschaftsleistung von USA und EU zusammen ist sechzehnmal so hoch wie die russische. Das heißt, die NATO verfügt über eine erdrückende Übermacht. Russland ist in der Defensive. Unterstellungen, Russland beabsichtige, NATO-Mitglieder im Baltikum oder die Ukraine angreifen zu wollen, sind absurd. Denn das würde eine kriegerische NATO-Reaktion hervorrufen – mit unabsehbaren Folgen für Europa und die Welt, Atomwaffeneinsatz nicht ausgeschlossen. Diese Behauptungen insbesondere aus Kiew schüren die Spannungen und bemänteln die eigenen Aufrüstungsanstrengungen.

Aber, wie ist es umgekehrt? Muss Russland einen Angriff der NATO-Übermacht fürchten, was ebenso unabsehbare Folgen hätte? Denn schließlich fühlt sich Russland zu Recht durch das Näherrücken von NATO und EU und den Aufbau einer NATO-Raketenabwehr von Westen her eingekreist. NATO-Manöver in russischer Grenznähe, die Aufstockung schneller NATO-Eingreiftruppen und die Verlegung von Rüstungsmaterial nach Europa werden von vielen als Vorstufen zum Krieg gedeutet.

Ich denke eher, dass die USA auf eine Zermürbungstaktik durch Sanktionen setzen. Russland soll so destabilisiert werden, um eines Tages ein Regime-Change nach georgischem und ukrainischem Vorbild möglich zu machen. Und es gibt Grundsatzentscheidungen der USA-Regierung, die eher gegen einen Krieg sprechen: So wollen die USA ihre Truppenzahl in Europa nicht verstärken. Erst im Januar haben sie festgelegt, sie bis 2020 bei 67.000 zu belassen. Zum Vergleich: Im Kalten Krieg waren es fünfmal so viele. Und die USA haben andere langfristige Prioritäten gesetzt. Am wichtigsten ist ihnen Asien und China, dann folgt der Nahe Osten und dann erst Europa. Ich denke, wenn man einen Angriffskrieg gegen Russland tatsächlich führen wollte, bedürfte es anderer Weichenstellungen. Dennoch geht das NATO-Säbelrasseln munter weiter. Welchen Sinn macht das? Es unterstützt Kiew beim Versuch, die Aufständischen zu besiegen, und soll die vor Russland medial geschürten Ängste in Osteuropa besänftigen. Das Säbelrasseln setzt Russland beständig unter Druck und es untermauert das wirtschaftliche Sanktionsregime gegen Russland. Eins ist allerdings auch klar: Es birgt immer die Gefahr einer Eskalation. Und, wir kennen nicht den nächsten US-Präsidenten. Das bedeutet für uns: weiter wachsam bleiben!

Liebe Freundinnen und Freunde, es gibt für den Ukraine-Konflikt keine militärische Lösung. Es muss verhandelt werden. Ein effektiver Waffenstillstand muss her. Die Aufständischen in der Ost-Ukraine müssen in Verhandlungen direkt einbezogen werden. Die Ukraine muss sich dauerhaft zur Neutralität bekennen und darf nicht Mitglied der NATO werden. Die NATO muss auf den Aufbau des Raketenabwehrsystems und ihr „Säbelrasseln“ verzichten. Das Sanktionsregime gegen Russland muss weg. Ich fordere Entspannung statt Konfrontation.

Ich komme zu meinem letzten Punkt: Die Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung. Sie ist gekennzeichnet von zwei Sorgen: Erstens: Sie will die Mehrheit der Bevölkerung für eine Unterstützung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr gewinnen. Und zweitens: die Rüstungsindustrie dazu bringen, schneller die dafür benötigten Waffen zu liefern.

Trotz aller Verzögerungen wird das vor 20 Jahren begonnene Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr, das bisher über 100 Milliarden Euro verschlungen hat, in dieser Legislaturperiode im

Wesentlichen vollendet. Der EU-Hegemon Deutschland wird damit weltweit angriffsfähig. Alle bisherigen Auslandseinsätze waren Vorübungen für das, was noch kommt. Im Zentrum stehen neue Military Airbusse, die die so genannte „strategische Verlegefähigkeit“ per Luft ermöglicht. Die deutsche Lufttransportkapazität vervierfacht sich dadurch. Diese Kampfzonentransporter werden passgenau angefertigt: Für nagelneue Kampf- und Transporthelikopter, für neue Schützenpanzer und Mannschaftstransportfahrzeuge – und Hightech-Infanteristen, die aus der Ladeluke abspringen können. Das Heer trainiert für die Aufstandsbekämpfung insbesondere in der Stadt. Die Marine wird mit Korvetten und Fregatten ausgerüstet, mit denen weit in fremdes Land geschossen werden kann. Sämtliche Soldaten von Heer, Luftwaffe und Marine werden über Drohnendaten digital vernetzt, um den Zeitaufwand bei Entscheidungsfindungen so sehr zu reduzieren, dass der Sieg im Krieg möglich wird. Die Regierung will Kampfdrohnen anschaffen und hält an der so genannten nuklearen Teilhabe der NATO fest. Das bedeutet, sie lässt die Luftwaffe Atombombenabwürfe üben. Der deutsche Rüstungshaushalt steigt schon jetzt. Die Umsetzung des Beschlusses des NATO-Gipfels vor einem Jahr, in zehn Jahren die Rüstungshaushalte auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, bedeutet für uns statt jetzt 35 dann 58 Milliarden Euro für den Krieg auszugeben. Gelder, die im sozialen Bereich dringend gebraucht werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, das heißt: wir werden unsere Anstrengungen für Frieden und Abrüstung verstärken müssen. Ich bekräftige unsere Forderungen:

- Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Für die drastische Kürzung des Rüstungshaushalts!
- Stoppt den Waffenexport – Für die Konversion militärischer in zivile Produkte!
- Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!
- Keine Raketenabwehr!
- Für die Beendigung der nuklearen Teilhabe – und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland!
- Für eine atomwaffenfreie Welt!
- Kein Krieg von deutschem Boden!
- Für Konfliktlösungen am Verhandlungstisch! – der Iran-Konflikt ist dafür ein gutes Beispiel.

Entspannung statt Konfrontation!

Danke.

-----

\*Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, arbeitet in der Berliner Friedenskoordination mit